

# „Klagt nicht an der Mauer“

Ingolf Doler über „Rudolf Augstein und die deutsche Frage“

**A**ls der Kalte Krieg vorüber und Deutschland wiedervereinigt war, brauchte man nach den Ursachen nicht lange zu suchen. „Sowjetrußland konnte nicht den niedrigen sozialen Stand seiner Bevölkerung heben, gleichzeitig in stärkster Weise aufrüsten und die von ihm unterjochten Staaten, in denen sich der Freiheitswille regte, niedergedrückt halten. Das ging über seine Kraft.“

So hatte Konrad Adenauer die Verhältnisse frühzeitig auf den Punkt gebracht. In wirtschaftlicher, technischer und politischer Hinsicht werde die Sowjetunion das Wettrennen mit dem Westen verlieren und eines Tages „ihren“ Teil Deutschlands wieder herausrücken müssen, vorausgesetzt, der Westen halte fest zusammen und sei entschlossen, „die Freiheit zu wahren“.

Zur Freude der Adenauer-Anhänger in Wissenschaft und Publizistik behielt der erste deutsche Bundeskanzler recht. Angesichts der desolaten ökonomischen Zustände in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion haftet dem Zerfall des Ostblocks aus der Rückschau in der Tat etwas Zwangsläufiges an. Derart deterministische Geschichtsbetrachtung hat freilich einen Haken. Wie lange hätte die Sowjetunion ihr Imperium noch aufrechterhalten können, wenn es politische Hardliner im Kreml wirklich gewollt hätten? 10, 20, vielleicht sogar noch

30 Jahre? Aber Adenauer hätte im Jahr 2020 oder gar 2040 natürlich immer noch „recht gehabt“. Die Westdeutschen, die in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand lebten, konnten die Hände in den Schoß legen – und warten.

Für die Menschen in der DDR machte es dagegen sehr wohl einen Unterschied, ob und wie man die Zeit der SED-Diktatur verkürzen, ihr Schicksal zumindest erleichtern konnte. Adenauers Politik der kompromißlosen Westbindung, so der Historiker Ludolf Herbst, „hat mit dem Vorwurf zu leben, einen Teil der Nation einfach im Stich gelassen zu haben, nicht einmal den ersten Versuch unternommen zu haben, sie vor dem Schicksal erneuter Tyrannei zu bewahren“.

Lange Zeit hatten dieser Vorwurf und die ihn umgebende Diskussion um die „verpaßten Chancen“ eher theoretischen und akademischen Charakter, zumal die eigentlich Betroffenen, die Menschen in der DDR also, kaum in der Lage waren, ihre Meinung in dieser Hinsicht zu artikulieren. Seit dem Untergang der DDR bekommt die Angelegenheit freilich eine andere Dimension. „Vermutlich wird sich nach der vollzogenen Wiedervereinigung für viele Menschen – vor allem in der ehemaligen DDR – früher oder später die brennende und bewegende Frage stellen, ob 40 Jahre Diktatur und Teilung wirklich unvermeidbar waren“ (Historiker Rainer Zitelmann).

Vor diesem Hintergrund sind die Vorstellungen von Politikern und Publizisten wieder von Interesse, die (vor allem in den fünfziger Jahren) Alternativen zur Deutschlandpolitik Adenauers entwarfen oder vertraten. Ihre Konzepte trafen sich in der Regel in der Hinnahme einer militärischen Neutralität Deutschlands als Preis für die Wiedervereinigung. Innenpolitisch wurden diese Politiker oder Publizisten schnell diskreditiert. „Bei der Wahl zwischen Freiheit für die Bundesrepublik oder Einheit für ganz Deutschland unter kommunistischer Vorherrschaft (muß) die Antwort zugunsten der Freiheit fallen“, formulierte Franz Josef Strauß im Rückblick noch einmal den zentralen Vorwurf, der während der fünfziger und sechziger Jahre gegen die deutschlandpolitischen Querdenker erhoben wurde. Dadurch entstand der verfehlte Eindruck, Adenauers innenpolitische Gegner wollten die Einheit in Unfreiheit, wollten ein dem Westen abgewandtes kommunistisches Deutschland.

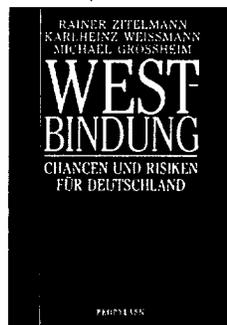
Einer der schärfsten Kritiker Adenauers war der SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein, der die gesamte Adenauer-Ära (in der Regel unter seinem Pseudonym „Jens Daniel“) kommentierend begleitete. Wie viele andere Adenauer-Kritiker hat er keinen Zweifel daran gelassen, daß es für ihn nie eine Alternative zwischen Freiheit oder Einheit gab, daß ein Gesamtdeutschland westlich orientiert

## „Umarmen und erdrücken“

Jahre bevor Egon Bahr seine Formel vom „Wandel durch Annäherung“ formuliert und Willy Brandts neue Ostpolitik Konturen angenommen hatte, plädierte Rudolf Augstein für eine „Wandlung von innen heraus“ und für Verhandlungen mit der „noch so widerwärtigen“ DDR-Regierung: „Klagt nicht an der Mauer, sondern erdrückt Ulbricht, indem ihr ihn umarmt.“ Zugleich warnte er vor einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West, „weil man zwischen Freiheit und Unfreiheit nicht schaukeln kann“. Die Wiedervereinigung, die ihm zeitweilig „unter den Tisch gefallen“ schien („Wir haben die Spaltung gewollt“), war fast 50 Jahre hindurch Augsteins wichtiges Kommentar-Thema und politisches Ziel – was ihn am Ende zornigen Attacken aussetzte. Günter Graß meinte, „Augstein war schon immer ein Deutschnationaler“, und Rolf Liebermann fand Augsteins „deutschen Nationalismus zum Kotzen“.

Nationalist? Für den Liberalen stand längst fest: „Die Bundesrepublik wird sich auf jeden Fall mit den ‚Schwestern‘ und ‚Brüdern‘ vereinigen, wenn die das wollen; wenn nicht, dann nicht.“

Der Politologe Ingolf Doler verfolgt die publizistische Kontinuität, das Drängen und die zeitweilige Resignation des SPIEGEL-Herausgebers in seinem Aufsatz „Rudolf Augstein, die deutsche Frage und die Westbindung“, der demnächst in dem Sammelband „Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland“ erscheint (Propyläen Verlag, Berlin; Hrsg.: Rainer Zitelmann und andere; 552 Seiten; 58 Mark; gemäß Originalausgabe).





SED-Chef Ulbricht, DDR-Kampfgruppen 1961  
"Widerwärtig geregelter Staat"



Berliner Mauer 1962  
"Wandlung von innen heraus"



Bundeskanzler Adenauer in Moskau 1955\*  
"Wir haben die Spaltung gewollt"

tiert sein mußte. Er glaubte hingegen, man könne *sowohl* Freiheit *als auch* Einheit erlangen, wenn man es wirklich wolle.

Sein Konzept und seine Vorstellungen, wie sie sich aus seinen Kommentaren im SPIEGEL seit 1948 ergaben, sollen im folgenden dargestellt werden. Am Anfang steht sein Konzept eines neutralen, aber westlich orientierten Gesamtdeutschland und seine Kritik an Adenauers Politik bis 1953/54. Danach soll untersucht werden, wie Augstein reagierte, als die baldige deutsche Vereinigung immer unrealistischer wurde. Schließlich ist festzumachen, wie Augstein den allmählichen Schwenk zu einer „neuen Ostpolitik“ vollzog. Da Augstein einer der wenigen Adenauer-Kritiker ist, der sowohl Anfang der fünfziger Jahre als auch Anfang der neunziger Jahre publizistisch aktiv ist, soll am Ende auch gefragt werden, wie Augstein die erfolgte Wiedervereinigung Deutschlands beurteilte und wie er Adenauers Politik im Rückblick betrachtete.

Seinen grundsätzlichen Standpunkt in der Deutschlandpolitik – zumindest bis 1953/54 – umriß Augstein in einem Kommentar vom 27. März 1951, in dem er seine Idealpartei vorstellte: „Es gilt also, eine politische Partei zu schaffen, die

- ▷ dem Kommunismus wie jeder anderen Form der Staatsversklavung schärfsten Kampf ansagt,
- ▷ das Recht der Deutschen proklamiert, außenpolitisch und handelspolitisch mit den Sowjets zu verhandeln,
- ▷ eine Wiedervereinigung Deutschlands für vordringlicher hält als den Anschluß Westdeutschlands an Westeuropa im Rahmen des Atlantikpaktes.“

**F**ür Augstein war die Wiedervereinigung vor allem aus humanitären Gründen vordringlich: „Jedermann weiß“, schrieb er zu Beginn des Jahres 1952, „daß in Ostdeutschland die Bürgerfreiheit mißachtet wird. Würde sie nicht mißachtet, wäre die Frage der deutschen Einheit nicht so brennend. Wäre der Terror in der Sowjetzone beispielsweise so zahm wie an der Saar, so wäre eine Wiedervereinigung minder dringend.“

Das Argument, die fortdauernde Teilung sei gleichbedeutend mit Unterdrückung und Unfreiheit für die Deutschen in der DDR, spielte bei Augstein eine wichtige Rolle, „äußerstenfalls“ wollte Augstein sogar wieder einen Viermächtestatus in Kauf nehmen, wenn man damit die Ostdeutschen aus dem stalinistischen System befreien könnte. Doch wie sollte die deutsche Einheit konkret erreicht werden?

Bis 1953/54 und stellenweise auch darüber hinaus gab es nur eine Möglichkeit, die Einheit zu erreichen: Man mußte versuchen, mit den Russen ernsthaft zu verhandeln, allerdings immer mit der Bereitschaft, ihnen im Gegenzug für die deutsche Einheit auch etwas zu bieten. Alle Möglichkeiten, die hier Erfolg versprachen, sollten ausgelotet werden, notfalls nicht nur in Verhandlungen mit den Sowjets, sondern auch mit „deren deutschen Puppen“. „Wie anders soll die Sowjetzone denn zurückgewonnen werden, wenn nicht durch einen Kuhhandel mit den Sowjets?“ fragte Augstein im September 1951, nachdem der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl freie Wahlen in ganz Deutschland vorgeschlagen hatte. Adenauer hätte den Vorschlag prüfen müssen.

Dabei machte sich Augstein über die Verhandlungen mit den Sowjets keinerlei Illusionen. „Von den Berlinern wissen wir, daß man den Sowjets nicht trauen kann. Wir wollen ihnen bei Gott niemals trauen. Aber die Faust in der Tasche, Zug um Zug, kann man mit ihnen politische Geschäfte machen.“ Nach Ansicht Augsteins würden die Sowjets einmal ausgehandelte Verträge aber einhalten, sofern man interpre-

\* Mit dem sowjetischen Regierungschef Bulganin und KP-Chef Chruschtschow.

tatorische Ausweichmöglichkeiten weitgehend unterbinde und die Westmächte den Sowjets klarmachen, daß sie bei einem Bruch der Verträge mit ernstesten Konsequenzen zu rechnen hätten. Sollte sich erweisen, daß Verhandlungsangebote nur Propagandatricks seien, dann könne man immer noch die Schuld am Scheitern der deutschen Einheit den Russen zuweisen.

Ansatzpunkt für Verhandlungen war nach Augsteins Meinung, daß sich die verschiedenen Interessen der Amerikaner und der Sowjets in bezug auf Deutschland durchaus vereinbaren ließen – in einem vereinigten neutralisierten Deutschland, das jedoch politisch und ökonomisch im Westen verankert ist. Zum einen müßte natürlich das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion befriedigt werden. „Die Russen brauchen ein Deutschland, das nicht Aufmarschgebiet ist, sondern be-

Deutschland einzusacken . . . Für uns alle wäre das bequeme risikolose Leben unter dem Schutz alliierter Manöver-Tanks zu Ende. Aber wir hätten unsere Leute aus der Ostzone bei uns, wir hätten eine Hauptstadt, die uns aus dem Provinzialismus herausführen könnte.“

Schutzlos gegenüber einem militärischen Angriff aus dem Osten sei ein neutralisiertes und wiedervereinigtes Deutschland mitnichten. Sowohl Briten als auch Amerikaner hätten ein erhebliches Eigeninteresse daran, (West-)Deutschlands Industriekapazitäten nicht in kommunistische Hände fallen zu lassen. Bei einer sowjetischen Aggression stünden die Westmächte daher automatisch auf seiten Deutschlands.

Nur so, das heißt mit einem Gesamtdeutschland, das militärisch neutral, politisch und wirtschaftlich aber dem Westen zugewandt ist und im Falle eines russischen Angriffs auch dessen



Berlin-Blockade 1948, Bundeswehr-Soldaten 1956: „Nur ein günstiger Wind kann uns jetzt wieder versammeln“

ruhigende Flanke und Waren-Arsenal.“ Die logische Folgerung daraus formulierte er drei Monate später: „Eine Neutralisierung (wäre) der einzige Weg, die Ostzone zurückzuholen.“ Das bedeutete zu diesem Zeitpunkt für Augstein allerdings auch: keine Armee!

**Z**um anderen bräuchten auch die Amerikaner ein Deutschland, das sich in Frieden und Freiheit regeneriere und sich westlichen Werten verpflichtet fühle. Abgesehen vom militärischen Aspekt sei es gar keine Frage, daß das vereinigte Deutschland sich der westlichen Wertegemeinschaft anschließen müsse. Die Sorge, eine gesamtdeutsche bürgerliche Regierung könnte mit dem Osten paktieren, wies Augstein als unbegründet zurück: „Schaukelpolitik zwischen Ost und West ist für uns indiskutabel, weil man zwischen Freiheit und Unfreiheit nicht schaukeln kann. Tatsache ist, daß im Osten Staatsklaven leben und im Westen freie Bürger.“

Ebenso sei es verkehrt, die Einheit Deutschlands abzulehnen mit der Begründung, daß dann ein neuer Machtwahn und schädlicher Zentralismus zu erwarten seien. Man müsse der Bevölkerung zutrauen, „daß sie den entscheidenden Vorzug der Demokratie, die Verhinderung diktatorischen Wahns, zu schützen weiß“. Gleichwohl plädierte der SPIEGEL-Herausgeber nach der Stalin-Note vom März 1952 dafür, die Fehlkalkulation der Sowjets, ein neutrales Deutschland werde sich möglicherweise irgendwie zum Osten ziehen lassen, ruhig auszunutzen.

Die Neutralisierung Deutschlands war aber nach Augsteins Ansicht nicht risikolos. „Natürlich haben die Sowjets den Hintergedanken, auf dem Wege über die Neutralisierung ganz

Schutz genießt, sah Augstein eine vernünftige Lösung der deutschen Frage. Die „Magnet-Theorie“, wonach ein wirtschaftlich prosperierendes Westdeutschland auf kurz oder lang so große Anziehungskräfte auf den Osten ausübe, daß dieser fast automatisch zum Westen gezogen werde, hielt Augstein für „bodenlos, solange die Sowjetsklaverei nicht zusammengebrochen ist“. Auf einen Zusammenbruch dürfe man zwar hoffen, „ein verantwortungsbewußter Politiker kann jedoch darauf ebensowenig spekulieren wie auf einen neuen Weltkrieg“. Das Hoffen auf den Untergang des sowjetischen Imperiums sei keine Politik, „das ist Lotterie“.

Wie setzt sich Augstein mit der sich vollziehenden Westintegration auseinander? In seinen Kommentaren wurde immer wieder deutlich, daß Augstein vor allem die Wiederbewaffnung für ein zweischneidiges Schwert hielt. Einerseits sei sie möglicherweise zur Verteidigung notwendig, andererseits könne sie eine Provokation für die Sowjetunion darstellen und so die Kriegsgefahr noch steigern. In seinem ersten Beitrag als „Jens Daniel“ schrieb Augstein Anfang Oktober 1948: „Nichts würde die Russen so sicher vom Kriege zurückhalten wie eine deutsche Armee. Nichts würde sie sicherer in einen Krieg treiben als eine deutsche Armee.“ Die Folgerung aus diesem Dilemma hatte der damals 25jährige Journalist bei dem dänischen Philosophen Kierkegaard entdeckt: „Hänge dich oder hänge dich nicht – bereuen wirst du beides.“

Knapp zwei Jahre später bot Augstein einen Ausweg aus dem Dilemma an, indem er die Amerikaner aufforderte, sie müßten an der Elbe das Opfer bringen, „das die Pax Ameri-

cana auf dem Erdball von ihnen fordert“. Vor allen Dingen betonte Augstein vehement, daß die Wiederbewaffnung eine Angelegenheit sei, die allein die Deutschen entscheiden könnten. So griff der SPIEGEL-Herausgeber zu teilweise drastischen Vergleichen, als nach der Nato- und Außenministerkonferenz im Herbst 1950 US-Außenminister Dean Acheson zu verstehen gab, man werde auf deutsche Soldaten künftig nicht mehr völlig verzichten können. „Im Altertum wurden die Sklaven freigelassen und bewaffnet, wenn irgendein ‚Hannibal vor den Toren‘ war. Ähnlich verhandeln die Außenminister der drei West-Alliierten, als könnten sie eine Bewaffnung der Deutschen – der Westdeutschen – ‚beschließen‘.“ Statt dessen forderte Augstein eine Volksbefragung. Das Ergebnis hätten die Amerikaner zu respektieren, schließlich seien sie es ja gerade gewesen, die die Deutschen zur Demokratie aufgerufen hätten.

In der Europa-Armee, die bald zur Debatte stand, konnte Augstein keinen wirksamen Schutz für Westeuropa erkennen, denn dort dominierte ein Frankreich, das nur durch Dollar „überredet“ worden sei, eine Verteidigungsgemeinschaft einzugehen, in Wirklichkeit aber mehr Angst vor den dann verbündeten Deutschen habe als vor den Sowjets. „Erst wenn Frankreich Deutschland zu den Waffen ruft, sei es in einer Koalition, sei es im europäischen Verband, wird Westeuropa in der Lage sein, den Sowjets Schach zu bieten, ohne die Kriegsgefahr auf die Spitze zu treiben.“

Die europäische Einigung, wie Adenauer sie vorantrieb, verhinderte nach Augsteins Meinung jedoch die deutsche Wiedervereinigung. Entscheidender Kritikpunkt war, daß hinter der wirtschaftlichen oder politischen auch die militärische Integration lauiere, die die Wiedervereinigung verhindere. So witterte Augstein hinter dem Schuman-Plan nicht nur eine Industriallianz, sondern auch eine „Rüstungsallianz“, in der Westdeutschland sich als Waffenschmiede der gegen den Osten gerichteten Nato betätigen werde. Augstein geizte nicht mit harscher Kritik: „Erst wenn wir den Schuman-Plan, diesen ersten Akt einer Politik gegen die nationale Existenz, unterzeichnen, haben wir den Krieg vollständig verloren.“

Und ähnlich wie bei einem militärischen Bündnis mit Frankreich durfte man auch bei einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf keinerlei Unterstützung für eine deutsche Wiedervereinigung hoffen. Den Franzosen gehe es darum, Deutschland wirtschaftlich zu kontrollieren und die Wiedervereinigung zu verhindern. Schlimmer noch als der Schuman-Plan war aber wohl der EVG- (*Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft* –Red.) bzw. Generalvertrag. Augstein kritisierte zwar jene Politiker, die diese Verträge mit dem Vertrag von Versailles verglichen hatten, doch im selben Atemzug wies er darauf hin, EVG- und Generalvertrag überträfen Versailles in einem Punkt: „Versailles gefährdete nicht die nationale Existenz. Wer nicht blind ist, mußte sehen, daß diese Verträge das nationale Weiterleben der deutschen Nation gefährden.“

**F**ür Augstein stand also fest: Die Einbindung in den Westen, sei sie nun militärisch oder wirtschaftlich, würde die Teilung besiegeln, da zum einen die Sowjets ein wiedervereinigtes Deutschland unter diesen Vorzeichen niemals akzeptieren würden und zum anderen die neuen Verbündeten der Bundesrepublik, vor allem Frankreich, eine Wiedervereinigung auch gar nicht wünschten.

Diese Haltung war indes keineswegs Ausdruck einer generellen Europa-Feindlichkeit. Augstein war dem Europa-Gedanken durchaus wohlgesinnt. Doch zunächst müsse Deutschland wiedervereinigt sein, erst danach könne man an Europa denken. Dann allerdings sei die europäische Einigung sehr sinnvoll, um sich gegenüber den Amerikanern zu emanzipieren. „Gesamtdeutschland wäre an der Seite Frankreichs fähig, Franzosen und Sowjets die Vorstellung zu nehmen, Westdeutschland sei die Pistole der Amerikaner gegen das Moskower Herz . . . Stärke zu Lande kann in Europa nur aufgebaut werden, wenn Frankreich und Deutschland freiwillig und ver-

trauensvoll zusammenarbeiten. Das ist nicht möglich, solange die Amerikaner in Europa zu Lande engagiert sind. Europa braucht von Amerika auf die Dauer weder Geld noch Fußvolk, sondern nur ein Schutzversprechen, bis es sich formiert hat – als der natürliche Verbündete Amerikas in jedem Verteidigungskrieg.“ . . .

1953/54 vollzog Augstein einen radikalen Bruch mit seinen bisherigen Vorstellungen. Äußerer Anlaß waren die Bundestagswahl 1953 und die Berliner Viermächtekonferenz 1954. Dabei hatte sich seiner Meinung nach offenbart, daß weder die Deutschen (zumindest nicht deren Mehrheit) noch die Alliierten die deutsche Einheit wollten.

„Obwohl dabei der Mythos des erstaunlichen alten Mannes (Adenauer –Red.) nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, ist offensichtlich, daß auch die ‚Europa zuerst‘-Parole von der Wählermehrheit gebilligt wird“, schrieb Augstein nach der Wahl zum zweiten deutschen Bundestag. „Die Mehrheit wünscht keine Verhandlungen mit den Sowjets zwecks ‚Auslösung‘ der Sowjetzone.“

**A**uch von den Alliierten erwartete Augstein keine Initiative mehr. Die Berliner Viermächtekonferenz verdeutlichte, daß die Sowjets nun nicht mehr bereit seien, die verhältnismäßig günstigen Bedingungen für die deutsche Einheit, die die Stalin-Noten enthalten hatten, noch einmal zu wiederholen. Die jetzigen sowjetischen Vorschläge seien nun keine wirkliche Alternative mehr.

„Die Integrationspolitik muß aufrechterhalten werden“, fand nun, im Frühjahr 1954, auch Rudolf Augstein. „Künftig wird die deutsche Außenpolitik auf mehr Rückhalt unter den denkenden Menschen Westdeutschlands zählen können als vor der Konferenz.“ Der Ausgang der Berliner Konferenz sei allerdings die Quittung für die langjährige Außenpolitik: „Nur ein günstiger Wind kann uns jetzt wieder versammeln.“

Als die EVG-Pläne scheiterten, lehnte Augstein auch den deutschen Beitritt zur Nato nicht mehr ab, wenngleich er noch einmal die Chance zu Verhandlungen mit den Sowjets sah. Immerhin dürfe sich die Bundesrepublik nur provisorisch binden – für den Fall des Falles. Doch daran mochte Augstein so recht wohl nicht mehr glauben. Als Adenauer im September 1955 in Moskau weilte, stellte Augstein fest, die deutsche Frage sei mittlerweile irgendwie „unter den Tisch gefallen“. 1952 hätten die Sowjets die Frage noch besprechen wollen, doch die bundesdeutsche Seite habe nicht reagiert. Nun hätten die Sowjets ihr Interesse verloren.

„Freie Wahlen als Zauberformel und Allheilmittel, diesen lieb gewordenen Wunschraum vieler Jahre werden wir in den Feenteich zurückschicken müssen. Die Sowjets, da kann man sicher sein, werden den Fehler, den die Franzosen an der Saar gemacht haben, nicht wiederholen“, schrieb Augstein Mitte November 1955. Resigniert fügt er hinzu, nun werde sich im Osten das „Grotewohl-Regime“ wohl stabilisieren, zumal die Deutschen dort auch „die Hoffnung auf Befreiung“ verloren hätten.

Im Oktober 1959 warf er Politikern und Wählern gleichermaßen Heuchelei vor, da den lautstarken und wohlfeilen Bekenntnissen zur Einheit keine Taten folgten. Im Grund wolle niemand mehr die Veränderung des Status quo. Man habe sich im Westen bequem eingerichtet und lebe im Wohlstand, den wolle niemand mehr riskieren: „Alle Schweigeminuten und Anstecknadeln, alle heiligen Verwahrungen und Sondersitzungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die westdeutsche Bevölkerung auch heute, käme es zur Wahl, die Zonengrenze wählen würde, die mehr privates Wohlergehen verspricht als jede denkbare Art von Deutschland.“ Einmal mehr wies Augstein darauf hin, daß auch die Alliierten keine Veränderung mehr wünschten. Diese Entwicklung werde „Brief und Siegel unter die deutsche Spaltung setzen . . . Aber wir haben sie (die Spaltung) gewollt, und wir wollen sie noch. Zum Kurswechsel ist es längst zu spät“.



Entspannungspolitiker Brandt in Erfurt 1970  
„Suche nach Verständigung“



DDR-Flüchtlinge in Ungarn 1989  
„Zukunftswettbewerb der Systeme“

Auch wenn in vielen Äußerungen Augsteins aus dieser Zeit die Resignation nicht zu überhören war, so hatte er doch die deutsche Einheit nicht grundsätzlich ad acta gelegt, sie blieb für ihn letztendlich das höchste Ziel deutscher Politik, das sich auf absehbare Zeit allerdings kaum verwirklichen ließ. So forderte er immer wieder trotz des Bekenntnisses zur Westintegration, die Tür zum Osten nicht gänzlich zu verschließen. So war er auch bereit, jede sich bietende Chance zu nutzen, die deutsche Einheit doch noch zu erreichen, etwa vor dem Hintergrund des Ungarn-Aufstandes 1956. „Europa reicht wieder bis Brest“, überschrieb Augstein seinen Kommentar euphorisch, der mit den Worten endete: „Das Ende der deutschen Spaltung ist wieder in Sicht.“

Diese Hoffnung war freilich nur von kurzer Dauer. Schon in diesem Kommentar deutete sich ein neues Konzept Augsteins zur Deutschlandpolitik an, das drei Jahre später Gestalt annahm: Die Bundesrepublik sollte die Tatsachen im Osten anerkennen und versuchen, durch zwischenstaatliche Beziehungen Bewegung in die deutsche Frage zu bringen, zumindest jedoch das Los der Ostdeutschen irgendwie erleichtern. So forderte Augstein im Februar 1959, die Diskussion um die ehemaligen deutschen Gebiete im jetzigen Polen zu beenden. „Obwohl nicht der Schatten einer Hoffnung besteht, auch nur

einen Quadratmeter der unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete zurückzuerhalten . . . geriert sich der Kanzler, als brähe ihm angesichts der verlorenen Ostgebiete das Herz.“

Drei Wochen später befaßte sich der SPIEGEL-Herausgeber mit der Realität eines zweiten deutschen Staates auf deutschem Boden. Die Sowjetunion hatte angekündigt, mit der DDR einen Friedensvertrag abzuschließen und ihr danach auch die Kontrolle der Zufahrtswege nach West-Berlin zu übertragen, was zu scharfen Protesten im Westen geführt hatte. Augstein kritisierte, der Westen wolle die DDR lieber mit Krieg überziehen, als sie durch Verhandlungen de facto anzuerkennen. „Wer die Westmächte mit Gewalt aus Berlin herauswirft, der bricht den Frieden. Aber wer der DDR mit Gewalt die staatliche Existenz bestreitet, der bricht ebenfalls den Frieden.“

Ein Jahr später forderte Augstein, die seiner Meinung nach lächerliche Hallstein-Doktrin aufzugeben, da die Bundesrepublik angesichts der Untergrabungsversuche einiger Dritte-Welt-Staaten mittlerweile „aller Welt zum Gespött“ werde.

Tatsächlich gebe es nun einmal zwei deutsche Staaten, womit Augstein indes die Realitäten nicht beschönigen wollte: hier die liberal-demokratische Bundesrepublik, dort das seine Bürger drangsalierende Regime der DDR. Anstelle der überholten Nichtanerkennungspolitik sollten sich aber beide Staaten in einem friedlichen Wettbewerb messen, der schon zeigen werde, welchem System die Zukunft gehöre: „Es ist nicht sicher, daß dieser Wettstreit . . . zu unseren Gunsten ausfällt? Ich mag's nicht glauben. Wenn ja, dann wäre das Urteil der Geschichte über den zweiten deutschen Versuch, eine Demokratie aufzurichten, ohnehin schon gesprochen.“

**G**leichzeitig sollte die Bundesrepublik eine Art Umarzungspolitik verfolgen, indem sie möglichst enge Beziehungen zu dem SED-Regime pflegt, um die DDR den Sowjets auf irgendeine Weise zu entfremden oder um den sowjetischen Einfluß zu verringern, möglicherweise durch Rüstungsbegrenzungen oder eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Ein solcher Schritt liege freilich noch in weiter Ferne, und der Weg dorthin sei schwierig. „Anstelle der prinzipiellen Feindschaft müßte die entsagungsvolle Suche nach Verständigung und nach einem Arrangement beginnen, das ganz sicher von schweren Demütigungen nicht frei wäre.“

Noch deutlicher wurde Augstein im Jahr nach dem Mauerbau. Ausdrücklich plädierte er nun dafür, die DDR („als einen noch so widerwärtig regierten Staat“) anzuerkennen, stärker Handel mit ihr zu treiben, ihr („je mehr, je besser“) Kredite zu geben. Damit werde man das SED-Regime zwar zunächst stabilisieren, „hätte ihm aber gleichzeitig etliche Keime appliziert, an denen es ersticken müßte, wenn es sich nicht liberalisierte“. Druck von außen könne auf das SED-Regime nicht mehr ausgeübt werden. „Nur eine Wandlung von innen heraus, die wir allerdings in Gang setzen können, würde die Lebensverhältnisse allmählich, aber unaufhaltsam verbessern. Klagt nicht an der Mauer“, forderte Augstein die Politiker auf, „sondern erdrückt Ulbricht, indem ihr ihn umarmt.“ . . .

Schon einige Wochen vor dem Fall der Mauer, im September 1989, als DDR-Bürger noch zu Tausenden über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik flohen, wurde das Thema Wiedervereinigung für Rudolf Augstein wieder sehr aktuell. Er wies sofort alle Forderungen nach einem Verzicht der Deutschen auf eine mögliche Vereinigung, wie sie vor allem in den Hauptstädten der ehemaligen Alliierten schon vorsichtig formuliert wurden, empört zurück. Zum einen erinnerte Augstein an die Präambel des Grundgesetzes, die keinesfalls nur ein „feierlicher Aufruf“ sei, sondern eine „Rechtspflicht“, für Verfassungsorgane nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts „bindend“. Zum anderen sei die Entwicklung von außen möglicherweise gar nicht zu steuern. So wisse niemand, wie es mit dem Ostblock weitergehe, ob er Bestand habe oder „zusammenkrache“. In letzterem Fall sei dann auch die Raison

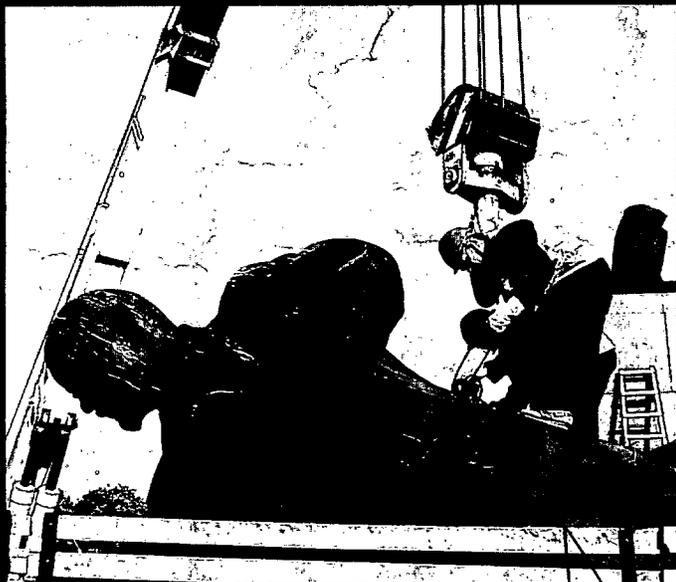
d'être der DDR dahin. „Jeder Status quo dauert so lange, bis er endet . . . Wie es ganz selbstverständlich einen ‚Status quo ante‘ gibt, so auch, man sollte es nicht glauben, einen ‚Status quo post‘.“

Ohne daß die Möglichkeit einer Wiedervereinigung zu diesem Zeitpunkt schon in greifbare Nähe gerückt war, macht Augstein zumindest deutlich, daß die Wiedervereinigung eine mögliche Option wäre, die im Zweifelsfalle auch die Westmächte zu akzeptieren hätten.

Zwei Wochen später gab sich Augstein eindeutig als Streiter für die Einheit zu erkennen. „Der Zukunftswettbewerb der Systeme“ – zu dem Augstein 30 Jahre vorher aufgerufen hatte – sei entschieden, ein „sozialistischer Grundkonsens“ nicht zu erkennen und die derzeitige DDR-Regierung unter demokratischen Verhältnissen chancenlos . . .

desrepublik könne es sich letztlich erlauben, in dem anderen deutschen Staat auf Dauer eine „sozialistische Alternative“ wirtschaftlich zu alimentieren.

So wurde noch in den letzten Wochen des Jahres 1989 deutlich, daß Rudolf Augstein nach wie vor vehement für die deutsche Vereinigung eintrat, daß er dieses Ziel nie ganz aus den Augen verloren haben konnte, daß er allenfalls zu einer Zeit, da ihm anders Fortschritte nicht mehr möglich erschienen, für eine Annäherung, ja für eine Anerkennung der DDR eingetreten ist. Sofern die äußeren Umstände es zuließen, gab es für ihn keine Alternative zu einem deutschen Staat. Hatte die Politik Adenauers nun, wie man Augstein mittlerweile gern zitiert, „insgesamt ihre Rechtfertigung“ erfahren? Hatte Adenauer aus Augsteins Sicht also doch recht gehabt? Augstein wußte schon früher sehr wohl die Politik Adenauers zu würdigen, so in einem Nachruf auf den



Gestürztes Lenin-Denkmal in Litauen, Wiedervereinigung 1990: „Jeder Status quo dauert so lange, bis er endet“



Augstein war mit seiner Position innerhalb des SPIEGEL nicht unumstritten. Am 30. Oktober 1989 erschien ein Artikel des damaligen Chefredakteurs Erich Böhme, in dem dieser bekannte: „Ich möchte nicht wiedervereinigt werden.“ Die Replik Augsteins folgte in der Ausgabe darauf, in der sich der SPIEGEL-Herausgeber als „Nationalist“ bezeichnete, „wie Mitterrand und Thatcher, um ganz hoch zu greifen“. Objektiv gebe es jetzt keinen Grund mehr, die Teilung aufrechtzuerhalten. Sobald sich die Siegermächte über eine neue Friedensordnung geeinigt hätten, müßten sie Berlin verlassen.

**B**ereits vor Weihnachten 1989 stand für Augstein fest: „Sie (die Bundesrepublik) wird sich auf jeden Fall mit den ‚Schwestern und Brüdern‘ vereinigen, wenn die das wollen; wenn nicht, dann nicht.“ Hier könne es auch kein Mitbestimmungsrecht des Auslands geben; das Ausmaß und die Organisation des künftigen Zusammenlebens von Ost- und Westdeutschen seien ausschließlich deren eigene Angelegenheit.

Die forderte Augstein nicht nur aus moralischen Gründen, sondern er verwies auch auf den Deutschland-Vertrag von 1952 bzw. 1954, in dem die Signatarstaaten ihre Absicht bekundet hatten, auf ein wiedervereinigtes Deutschland hinzuwirken. Erboast zeigte sich Augstein darüber, daß insbesondere Frankreich und Großbritannien nur sehr wenig Interesse zeigten, diesem Auftrag des Vertrages auch wirklich nachzukommen. Aber auch den „inneren“ Kritikern, die für einen dritten, mehr oder weniger selbständigen Weg der DDR plädierten, erteilte Augstein eine Abfuhr: Keine Partei der Bun-

ersten Bundeskanzler. „Er (Adenauer) hat die Bundesrepublik nicht ‚gemacht‘, nicht ‚geschaffen‘, hat das deutsche Volk nicht ‚erzogen‘, sondern dessen westliche zwei Drittel 10 Jahre lang regiert und 14 Jahre lang beherrscht; hat Deutschland Vertrauen in den USA, in Frankreich und Israel erworben, und Selbstvertrauen“, schrieb Augstein. „Wem das nicht reicht, dem sei gesagt: Er war ein ganz großer Häuptling.“ . . . Immerhin sei er nach 1945 der einzige deutsche Politiker gewesen, der etwas wollte, was er erreichen konnte. Das freilich schützte ihn nicht vor dem zentralen Vorwurf Augsteins: „Konrad Adenauer hat die Spaltung Deutschlands für vollzogen genommen, bevor sie vollzogen war.“

Doch wie sieht es 1990 aus? „Von den damals verantwortlichen Politikern“, schrieb Augstein im Oktober 1990, „könnte heute am ehesten Konrad Adenauer für sich in Anspruch nehmen, den Grundstein für das jetzt Erreichte gelegt zu haben.“ Doch habe für Adenauer immer gegolten, daß seine Taten in der Außenpolitik nur selten mit seinen Worten übereingestimmt hätten.

Augstein bezweifelte, daß Adenauer tatsächlich ein Gesamtdeutschland mit Regierungssitz in Berlin erstrebenswert fand. „Adenauer war zeit seines Lebens . . . sich und seiner Idee treu geblieben: einem Rheinstaat mit einer Hauptstadt unter Rebenhügeln, eng verbunden mit Frankreich.“ Pointiert wie immer zog Augstein Bilanz: „Hat also der große Alte recht behalten? Ja, wenn er das, was sich am 3. Oktober vollzieht, wollte. Nein, wenn er es nicht oder anders wollte. Und er wollte es anders.“ □